

Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,

unsere letzte Information an Euch/Sie liegt nun bereits einige Zeit zurück. Nach Entscheid des Petitionsausschusses des Landes NRW im April 2020, sollte Saddam mit einem Ausbildungsvertrag im Gepäck seine freiwillige Ausreise antreten, um in Pakistan bei der deutschen Botschaft seinen Antrag auf Wiedereinreise über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz zu stellen. Dieser Weg schien zwar umständlich, jedoch nicht unmöglich und Saddam war auch bereit ihn zu gehen, denn so konnte ihm bei Wiedereinreise eine Aufenthaltserlaubnis garantiert werden.

Doch dann machte Corona diesen Plan zunichte; pandemiebedingt war eine Ausreise zunächst unmöglich und auch dann, als Reisen wieder in den Bereich des Möglichen kamen, meldete die deutsche Botschaft in Pakistan zurück, dass eine zeitnahe Terminvergabe zur Visavergabe nicht möglich sei.

Gezwungen nach neuen Wegen zu suchen, blicken wir nun auf bewegte Wochen und Monate zurück. Die darauffolgenden Anträge auf Ausbildungs- sowie Beschäftigungsduldung wurden sowohl von der Ausländerbehörde, als auch von gerichtlicher Seite abgelehnt. Dazu führten wir unzählige Gespräche auf landes- sowie kommunalpolitischer Ebene und versuchten trotz stetigem Druck der Ausländerbehörde einen Diskurs auf Augenhöhe beizubehalten, weshalb wir bewusst auf weiteren öffentlichen Druck verzichteten. Letzte Hoffnung war schließlich der Antrag auf Prüfung durch die Härtefallkommission des Landes, welche Saddams Lebensgeschichte und -situation schließlich ausführlich evaluierte und zu dem Ergebnis kam, dass ein Aufenthalt nach §23a AufentG geltend gemacht werden kann. Die Städteregion Aachen entschied schließlich der Empfehlung der Härtefallkommission des Landes zu folgen. Dies begrüßen wir sehr.

Wir sind alle sehr glücklich und erleichtert, dass die monatelange Unsicherheit nun beendet ist und Saddam endlich einen Aufenthalt bekommt!

An dieser Stelle möchten wir uns bei Euch/Ihnen allen herzlich für die zahlreiche (auch finanzielle) Unterstützung bedanken. Aus den Spenden konnten wir Saddams Anwalts- und Gerichtskosten bezahlen und haben sogar noch Gelder übrig, welche wir gerne in den Spendenfonds der low-tec überführen, damit wir daraus auch in Zukunft Teilnehmende unserer Projekte in Notlagen Unterstützung gewähren können.

Trotz Feierlaune machen wir uns weiter Gedanken darüber, wie ein solcher Fall in Zukunft im Vorfeld verhindert werden kann.

Bei der Dezernentin, Frau Birgit Nolte möchten wir uns dafür stark machen, dass Teilnehmer unseres Bundes und ESF- geförderten Projektes während ihrer Teilnahme am Projekt nicht von Abschiebung bedroht sind. Laut Vereinbarung mit dem Ausländeramt der Städteregion Aachen wird bei geduldeten und gestatten Teilnehmern des Projekts VOR-TEIL Aachen-Düren das Projekt zum Teilnahmestart durch die Ausländerbehörde in das Ausweisdokument eingetragen und damit auch Praktika während der Projektlaufzeit automatisch erlaubt. Im Vorfeld durchlaufen unsere Teilnehmer ein Auswahlverfahren mit Sprachtest und persönlichem Gespräch so, dass wir nur Teilnehmer aufnehmen, die wir aufgrund unserer jahrelangen Erfahrung für integrationswillig und -fähig halten. Für den Fall, dass die Ausländerbehörde die weitere berufliche Integration von Teilnehmern des Projekts nicht mittragen möchte, würden wir uns wünschen, dass im Vorfeld, zum Beispiel in Form eines runden Tisches, ein offener Austausch über solche Einzelfälle stattfindet. Im Rahmen des Coachings im Projekt VOR-TEIL unterstützen wir unsere Teilnehmer bei der Identitätsklärung. Diese ist für sehr viele Teilnehmer mit Angst vor Abschiebung behaftet und gestaltet sich in vielen Fällen defakto schwierig. Hierbei unterstützen wir die Arbeit des Ausländeramtes. Sollte jedoch die Identitätsklärung während der Teilnahme am Projekt zu einer Abschiebung führen, würde dies zu einem massiven Vertrauensverlust unserer Teilnehmer gegenüber unseren Mitarbeitern führen.

Der Fall Saddam Hussain hat ein weiteres Problem im Umgang mit jungen Geduldeten gezeigt: Saddam hatte vor dem 21. Lebensjahr alle Voraussetzungen für einen Aufenthalt für gut integrierte Jugendliche nach §25 a erfüllt. Lediglich die Passbeschaffung hat er aus Angst vor Abschiebung verzögert. Diese Angst vor Identitätsklärung begegnet uns immer wieder in unserer Beratung. Hätte die Ausländerbehörde jedoch proaktiv Saddam darauf hingewiesen, dass er die Möglichkeit hat, einen Aufenthalt nach §25 a zu erhalten, wenn er sich rechtzeitig um einen Pass bemüht, wäre dieser Fall aller Voraussicht nach völlig anders verlaufen und Saddam wahrscheinlich bereits mitten in Ausbildung. Auch hier könnten im Vorfeld bereits unnötige Härtefälle verhindert werden und viel Ärger vermieden werden. In anderen Kommunen wird dies unserer Information nach bereits so gehandhabt, dass Geduldete, die grundsätzlich die Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel haben, proaktiv und automatisch durch die Ausländerbehörde informiert werden. Wir würden uns sehr freuen, wenn sich in der Städteregion eine solche Vorgehensweise durchsetzen würden.

Dass die Städteregion Aachen der Empfehlung der Härtefallkommission des Landes in jedem Fall und nicht nur nach Einzelfallentscheidung folgt, sollte selbstverständlich sein.

Sehr gerne möchten wir daher weiterhin einen Termin mit der Dezernentin Frau Nolte wahrnehmen, sobald dies pandemiebedingt möglich ist. Jetzt freuen wir uns erstmal über den erreichten Erfolg für Saddam und danken Euch/Ihnen nochmal ganz herzlich für die Unterstützung!

Das Team von VOR-TEIL der low-tec und des Café Zuflucht